

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 128

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich **drei Mal**, am Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur **zwei Mal**, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland**. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen zu Posse, Gauenstein & Poser &c. & J. Daube & Co. Journalisten.

Berantwortlich für den Inseratenherrn: J. Klugkist in Posse.

Montag, 20. Februar.

1893

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. Bei dem Ausgabe-Kapitel „Allgemeine Fonds“, Ausgaben zu gemeinnützigen Zwecken, Titel „Unterstützung des Germanischen Museums in Nürnberg“ führt

Abg. Kunert (Soz.) aus, daß und weshalb die Sozialdemokratie der kapitalistischen Kunst mit Mithrauen gegenüber stehe. Die Kunst sei unter das laudinische Joch des Kapitalismus gebeugt. Als Redner sich über diesen Gedanken eingehend zu verbreiten suchte, wird er wiederholt vom Präsidenten v. Levekow zur Sache verwiesen und brach schließlich ab.

Bei den Titeln „zur Unterhaltung deutscher Postdammpferverbündungen“ erklärt

Abg. Bamberger, nicht gerade an dieser Stelle auf die Kolonialfrage eingehen zu wollen, doch wiederhole er seine Bitte um Veröffentlichung einer Statistik über den Verkehr mit Ostafrika.

Staatssekretär v. Bötticher: Pro 1891 ist dieselbe bereits im Reichsanzeiger veröffentlicht worden, pro 1892 liegt das gesammte Material noch nicht vor.

Bei dem Titel „Invaliditäts- und Altersversicherung“ fragt Abgeordneter Barth (freisinnig) an, ob die Annahme der Regierung, es würden am 1. Januar 1893 rund 67 000 Invaliden-Empfänger vorhanden sein, zugetroffen sei. Es handele sich hier um eine der schwierigsten Aufgaben für das Reich. Bei den Arbeitern werde leicht, wenn sie einer Invalidenrente gewiß sein dürften, die Neigung hervortreten, ihre Arbeitsfähigkeit als gemindert zu betrachten. Auch für die Arbeitgeber werde oft das subjektive Ermessen den Ausschlag geben. Man befnde sich daher hier auf sehr schwankendem Boden. Es werde Zwiespalt zwischen den Ansprüchen der Arbeiter und den Arbeitgebern eintreten, — was ja auch schon geschehen sei, — und das werde Missstimmung zur Folge haben. Es sei das um so schlimmer, als das Invalidengesetz ja auch schon aus anderen Gründen Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Er verweise da nur auf die Petition aus Nürnberg um Aufhebung des Gesetzes. Diese lasse erkennen, eine wie starke Missstimmung in Deutschland gegen das Gesetz vorhanden sei. Habe doch jene Petition eine Viertel Million Unterschriften gesundens aus allen Parteien! Wenn sich eine Regierung darüber entschließe, die sich zu dem Entschluß aufschwänge, das Gesetz wieder aufzuhaben, würde sich dieselbe ein dauerndes Verdienst um das Reich erwerben. Zedensfalls erbitte er eine genaue Statistik über die Ursachen der Invalidisierungen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich bemerke zunächst, daß sich über die von uns erwartete Zahl der Altersrenten ein kleines Mehr, bei den Invaliditäts-Rentnern dagegen ein erhebliches Minus herausgestellt hat. Es scheint, daß aus Unkenntnis des Gesetzes und seiner Wohlthat noch eine ganze Anzahl Bezugsberechtigter noch keine Anträge auf Gewährung der Rente gestellt haben. Wir nehmen an, daß unsere Regierungen im Wesentlichen das Richtige getroffen haben. Das Schwierigkeiten in Bezug auf die Rentengewährung vorliegen, trifft zu. Dass das Interesse der Arbeiter nicht genügend gewahrt sei, befürchte ich aber nicht, denn es wirken ja bei der Entscheidung über die Renten auch Arbeiter mit. Was die vom Vorredner gewünschte Aufhebung des Gesetzes und die Nürnberger Petition anlangt, so meine ich doch, daß auf letztere Niemand Gewicht legen könnte. Jeder weiß ja in diesem Hause, wie Unterchristen zu Stande kommen. (Abg. Singer: Auch im Bundesrat! Heiterkeit!) Die Petition hat ja auch nur einen lokalen Charakter. Zedensfalls hat sich das Gesetz auch viele Freunde erworben. Man empfindet die Beiträge gar nicht mehr als eine Last, sondern zahlt sie, wie man die Steuern zahlt. Bei einer Beleidigung des Gesetzes würde auch der Abg. Barth auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Suchen Sie deshalb lieber dem Volke das Gesetz schamhaft zu machen und sagen Sie demselben: In Euerem Interesse ist das Gesetz gemacht.

Abg. v. Schalscha (Bentr.) bestreitet, daß von einem Rechtsbruch die Rede sein könne; denn die Rentenberechtigten können ja freiwillig auf ihre Rechte verzichten.

Abg. Bebel (Soz.-Dem.): An Aufhebung des Gesetzes kann nicht gedacht werden; denn keinen Rentenberechtigten wird es einfallen, auf die Versicherung zu verzichten. Bezuglich des Nachweises der Invalidität bin ich ausnahmsweise der Meinung des Staatssekretärs. Die Arbeiter bekämpfen das Zustandekommen des Gesetzes nicht wegen des Prinzips, sondern wegen der geringen Leistungen. Ich bitte den Staatssekretär um Auskunft, ob geneuelle Verfassungen an alle Invaliditätskassen über die Verwendung der eingelaufenen Gelder ergangen sind. So sollen z. B. aus diesen Geldern Darlehen zum Bau von Arbeiter-Wohnungen gewährt werden sein. Solche Einrichtungen haben lediglich den Zweck, die Arbeiter von den Unternehmern abhängig zu machen. Ferner sind Klagen der Arbeiter eingelaufen, daß die in der Haus-Industrie beschäftigten Arbeiter nicht überall in das Gesetz einbezogen sind.

Staatssekretär v. Bötticher: Generelle Verfassungen über die Verwendung der Gelder zu erlassen, sind die Regierungen gar nicht in der Lage, bisher sind beim Bundesrat noch keine Beschwerden über ungeeignete Verwendung eingelaufen. Was nun die Einbeziehung der Hausindustrie betrifft, so ist es bei der Tabakindustrie bereits geschehen, und es liegt in der Absicht, damit weiter vorzugehen, sobald in der Tabakindustrie Erfahrungen gesammelt sind.

Abg. Wisser (wilsliberal) beklagt sich über die beständigen Wirkungen des Gesetzes auf die niederen Schichten des Mittelstandes; besonders würden die Kleinbauern dadurch betroffen. Die Unzufriedenheit erkläre sich aus diesem Umstände.

Abg. Graf Behr (Reichsp.): Weist darauf hin, daß das Gesetz doch im Großen und Ganzen gute Wirkungen gehabt habe. An eine Aufhebung sei deshalb nicht zu denken.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Eine Petition aus Grimmen, also aus dem Wahlkreis des Grafen Behr, geht geradezu darauf aus, daß der sozialistische Gedanke des Reichszuschusses so weit ausgedehnt wird, daß die ganzen Lasten auf das Reich übernommen werden. Das ist freilich eine sehr bequeme Manier. Wir sind

vor allen Dingen Gegner des Gesetzes gewesen, weil die finanzielle Tragweite des Gesetzes unterschätzt worden ist. Diese Überzeugung bestätigt sich bei mir von Tag zu Tag. Dass bei der Nürnberger Petition die 222 000 Unterschriften nicht ohne Agitation gesammelt worden sind, ist selbstverständlich. Aber man darf doch nicht den Petenten die Loyalität absprechen. Alle, welche bei dem Zustandekommen des Gesetzes mitgewirkt haben, wollen jetzt nichts mehr von ihrer Mitwirkung wissen. Dieses Gesetz ist wie dazu geschaffen, neue Strafgesetze einzutreten zu lassen, und das verhorresst wir. Das Verlangen der Sozialdemokraten nach Strafbestimmungen für Lohnverkürzungen beweist das. Ich erneure meine Bitte um Auskunft über die 67 000 Invaliden am 1. Januar 1893.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erwidert, es handle sich nur um 17 500 Invaliden. Bis jetzt habe man das Gesetz nur nach subjektiven Empfindungen beurtheilt. Man müsse die Erfahrungen abwarten.

Abg. Freiherr v. Pfetten (Bentr.): Es haben sich ja Unzuträglichkeiten bei dem Gesetz herausgestellt. Wenn jedoch fortwährend die Unzufriedenheit geäußert wird, hindert man auf diese Weise die Einbürgerung des Gesetzes. Zu wünschen wäre, daß die Vortheile des Gesetzes auch den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern zu Gute kämen.

Abg. Schrader (deutschfrei.): Wenn es möglich ist, für eine Petition eine solche Anzahl von Unterschriften zu gewinnen, dann müssen doch im Gesetz Bestimmungen sein, die Anstoß erregen. Dass die Sozialdemokraten heute für das Gesetz eintreten, ist erklärlich; denn das Gesetz beruht auf einem sozialistischen Prinzip. Wir halten Änderungen des Gesetzes für nothwendig, aber wir können sie erst dann beantragen, wenn uns das Material über die bisher gemachten Erfahrungen vorliegt. Zedensfalls muß bei der Ausdehnung des Gesetzes die äußerste Vorsicht beobachtet werden. Die Verantwortung der Regierungen, welche sie mit diesem Gesetz auf sich genommen haben, ist so groß, daß sie Alles thun sollten, was zur Verbesserung oder besser Abschaffung desselben nötig ist. (Beifall links.)

Abg. Möller (nat.-lb.) hält die Abschaffung des Gesetzes für ausgeschlossen. Es könne sich nur um eine Abänderung einzelner Bestimmungen handeln. Mit der Verwendung der angesammelten Gelder müsse man vorsichtig sein. Arbeiterwohnungen, zu deren Errichtung die Gelder hergegeben seien, hätten einen nur lokalen Werth. Die Gelder müssten populärlich sicher angelegt werden.

Abg. Röske (wilslib.) hält die Bedenken des Abg. Barth nicht für gerechtfertigt. Die Arbeiter seien mit ganz geringen Ausnahmen für das Gesetz. Unzufriedenheit sei gerade dadurch entstanden, daß Arbeiter, welche glaubten, unter das Gesetz zu fallen, durch Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ausgeschlossen worden seien. Deshalb sei eine Ausdehnung des Gesetzes nothwendig.

Abg. Bebel (Soz.): Wir haben nicht gegen das Invaliditätsgebot gestimmt, weil wir annahmen, daß es doch eine Mehrheit haben werde — denn die Annahme war doch sehr zweifelhaft — sondern weil wir die Grundlagen des Gesetzes befürchten mußten; denn der Beitrag des Arbeitgebers und des Staates geht doch schließlich aus den Taschen der Steuerzahler. Sozialistisch ist das Gesetz durchaus nicht, denn es gefährdet gar nicht die gegenwärtige Gesellschaftsordnung. Redner befiehlt es darauf, daß Arbeiter, denen vorläufig eine Rente zugeschillt worden sei, wenn ihnen in späterer Instanz die Rente abgesprochen wird, diese zurückzahlen müssen.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß es selbstverständlich sei, wenn eine zu Unrecht bezogene Rente zurückgezahlt werden müsse. Aber man müsse doch bedenken, daß die vorläufige Vollstreckbarkeit der Entscheidung erster Instanz aus Wohlwollen für die Arbeiter festgestellt worden sei.

Abg. Frhr. v. Nurub-Bomst (Reichsp.): Für die Arbeitgeber bedeutet die Invaliditätsversicherung keine so große Last, wie es dargestellt wird, jedenfalls werden aber die Arbeiter immer mehr Freunde des Gesetzes, zumal auf dem Lande, wo viele Arbeitgeber auch den Beitrag des Arbeiters aus eigener Tasche bezahlen. Bei den kleinen Handwerkern erregt das Gesetz Missstimmung, weil sie wegen des zu hohen Beitrages nicht die freiwillige Selbstversicherung anwenden können.

Abg. Schrader (dfr.): Es ist hier kein Vorschlag auf Abänderung des Gesetzes gemacht worden, der nicht schon bei Berathung des Gesetzes gemacht worden und zurückgewiesen ist, weil er nicht praktisch war. Der Grundgedanke des Gesetzes mußte den Sozialdemokraten gefallen, weil der Staat ja Funktionen übernimmt, die sonst dem Einzelnen obliegen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Handelsvertrag, Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluss 5⁴/4 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 18. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus setzt die zweite Etatsberathung bei dem Spezialat der Kultusverwaltung mit dem Titel „Ministergehalt“ fort.

Abg. Stöcker (lons.) kommt auf den Schulchan Aruch ic. zurück und wiederholt seine früheren Ausführungen. In Bezug auf die Forderungen der katholischen Kirche gegenüber dem Staat würde die evangelische Kirche sich glücklich schämen, wenn sie diejenigen Freiheiten besäße, die heute die katholische Kirche bereits besitzt. Man wird zunächst die kirchliche Gesetzgebung mehr der Kompetenz des Landtages entziehen und die Zuständigkeit der Synoden erweitern müssen. In diesem Sinne haben die Synoden bereits bei dem Minister pettiert. Redner erörtert die einzelnen Punkte der Petition und bittet außerdem noch, gestützt auf die gerichtliche Entscheidung in Bezug auf die Pflicht der politischen Gemeinde für die nötigen Kirchenbauten zu sorgen, nunmehr dafür zu sorgen, daß diese Pflicht erfüllt wird. Es hätte viel Roth und Glend erwartet werden können, wenn die Regierung früher die Angelegenheit versorgt hätte.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Eine Petition aus Grimmen, also aus dem Wahlkreis des Grafen Behr, geht geradezu darauf aus,

Inserate, die sich gesetzte Petition oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz

Posse bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen

Jub. Posse, Gauenstein & Poser &c. & J. Daube & Co. Journalisten.

Berantwortlich für den Inseratenherrn: J. Klugkist in Posse.

Kultusminister Dr. Bosse: Die Forderungen der Generalsynode kleiden sich zu sehr in die Form des Arabeskenhaften und machen es der Regierung unmöglich, ihr näher zu treten. Möge die Synode ihre Wünsche präzis formulieren, dann wollen wir sie prüfen. Es handelt sich bei einzelnen Wünschen auch nur um ziemlich unerhebliche Formuläten. Die Erhöhung des von der Generalsynode zu bewilligenden Steuerbetrages scheint der Regierung nicht bedenklich, dagegen ist die Dotierung der Landeskirche eine so weit gehende Forderung, daß an ihre Erfüllung zur Zeit nicht zu denken ist.

Abg. Neuhaus (Posse) führt Klage über den Gebrauch der deutschen Sprache beim Religionsunterricht in den untersten Schulklassen.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Kügler: Es wird anerkannt, daß derartige Uebelstände vorhanden waren; auf erhobene Beschwerden ist aber überall, soweit dies irgend möglich war, Abhilfe geschaffen.

Abg. Rickert (dfr.): Ich werde als Kind meines Vaterlandes dafür kämpfen, daß die „Schmach des Jahrhunderts“ aufhört und werde die verfolgten Juden in Schutz nehmen; ich halte das für eine größere Ehre, als die Juden hezen. Herr Stöcker ist in seinen Angriffen noch kühner, als Herr v. Wackerbarth, der sich für gewisse Behauptungen über unseren Richterstand noch zu verantworten haben wird. — Redner verliest dann zu seiner Rechtfertigung gegen die neulich von dem Abg. Dössbach gegen ihn erhobenen Angriffe ein Schreiben des katholischen Prof. Vieck, worin die Arbeiten des Dr. Eckar als unzureichend bezeichnet wurden, soweit sie talmudische Arbeiten betreffen. Dr. Eckar versteht nicht, eine Zeile des Talmud zu lesen, man könne danach beurtheilen, was der von diesem Gelehrten herausgegebene Judentag für wissenschaftlichen Werth habe. Redner sucht unter Beibringung eines umfangreichen literarischen und wissenschaftlichen Beweismaterials die Behauptungen Stöckers und Dössbachs über angeblich unsittliche Grundfälle des Talmud zu widerlegen. Redner bittet den Herrn Kultusminister, die in Aussicht gestellte Untersuchung über den Inhalt der jüdischen Schulbücher zu beschleunigen, damit die Verleumdungen gegen den Inhalt dieser Bücher dargethan werden.

Kultusminister Dr. Bosse: Die heutige Debatte wird für den betreffenden Schulrat die beste Anregung zur Beschleunigung sein. Die Frage des Eklassischen Jugendspiegels geht mich dagegen garnichts an.

Abg. Schmelzer (natlib.): Die Regelung des Religionsunterrichts in der Schule könnte wohl so gestaltet werden, daß es den Dissidentenkindern nicht allzu schwer gemacht wird, an denselben Theilzunehmen. Redner äußert dann noch einige Wünsche in Bezug auf den Schulunterricht in den Mädchenschulen und wünscht namentlich die Frage, ob Mädchen zum Universitätsstudium zugelassen seien, zu erörtern.

Abg. Frhr. v. Wackerbarth (konserv.) weist den Vorwurf zurück, daß er einen jüdischen Rechtsanwalt Neumann in Sorau in einer Versammlung habe beleidigen wollen. Der Irrthum sei entstanden, weil in dem Bericht R. statt R. R. gestanden habe. Herr Rickert scheint mir darauf auszugehen, Nathan der Weise zu sein. (Hinterkeit.)

Abg. Dauzenberg (Gr.): Abg. Stöcker hat den Ton auf den Katholiken-Versammlungen getadelt. Dieser Ton ist ein friedlicher. Über den Ton des evangelischen Bundes ist ein feindlicher, und es wird in diesem Bunde die katholische Kirche machtlos angegriffen. Wenn der Minister und der Unterstaatssekretär evangelisch sind, so ist doch die Befürchtung gerechtfertigt, daß die katholischen Angelegenheiten nicht mit Objektivität behandelt werden. Vielleicht könnte man uns einen katholischen Unterstaatssekretär geben. Der Minister betont sein evangelisches Gewissen. Das ist geeignet, uns Katholiken zu verleben, und es wäre besser unterzubringen. Der Friede ist nicht hergestellt, und der Papst hat selbst gesagt, es sei kein Frieden, sondern nur ein Zugang zum Frieden (aditus ad pacem) hergestellt.

Kultusminister Dr. Bosse: Der preußische Kultusminister, darin werden sich die Katholiken fügen müssen, wird evangelisch sein, darum wird er ein evangelisches Gewissen haben müssen. Ich habe mit dem „evangelischen Gewissen“ sagen wollen, daß die katholische Konfession dessen gewiß sein kann, daß ich die ewigen Forderungen der Gerechtigkeit immer im Auge behalten werde. Für einen katholischen Unterstaatssekretär liegt nicht genügende Arbeit vor. Ihre Klage über die Ordensniederlassungen ist nicht berechtigt, denn wir haben heute deren mehr als vor dem Kulturkampf. Wir wollen Sie gleich behandeln, aber kommen Sie uns entgegen, dann erst wird der Friede hergestellt werden.

Abg. Dr. Meyer (dfr.): Judenheze und Jesuitenheze stehen für mich auf demselben Niveau. Wir lehnen es von vornherein ab, ganze Kategorien in Bausch und Bogen zu verurtheilen. Wir werden nicht widerstreben einer Aufhebung des Jesuitengesetzes (Hört! hört!), aber bezüglich der Alt-katholiken kommen wir Ihnen nicht entgegen, denn wir wollen jedem helfen, der sich durch sein religiöses Bekenntnis in Roth befindet. Die Erklärung des Herrn v. Wackerbarth ging wohl darauf hinaus, daß er es ablehne, alle jüdischen Richter der Parteilichkeit zu beschuldigen. Wenn er gefragt worden wäre, ob er einen parteilichen jüdischen Richter kenne, so würde er es verneint haben. Es wäre gut, wenn wir auf beiden Seiten die vornehme Sitte annehmen würden, derartige Aeußerungen zu ignorieren.

Abg. Stökel (Gr.): bessert sich, daß die Niederlassung der Franziskaner in Essen nicht genehmigt worden sei.

Kultusminister Dr. Bosse: Die ablehnende Entscheidung ist nicht gefallen, um den Franziskanern einen Zuflucht zu ertheilen. Es handelt sich um eine reine Verwaltungsfache. Nachdem eine besondere Pfarrkirche in Essen eingerichtet worden und da zwanzig Geistliche bei 60 000 Seelen vorhanden sind, so müßten wir die Bedürfnisfrage verneinen. Liegen aber andere neue Momente vor, so bitte ich eine Eingabe zu machen, wir werden sie prüfen, und wenn es wirklich nötig sein sollte, die Niederlassung genehmigen.

Abg. Szmulas (Bentr.): Die Ordensfrage ist für uns in Oberösterreich eine Lebensfrage, und wir müssen die Zulassung der Orden wieder verlangen. Auch in der Sprachenfrage muß der Minister entgegenkommen. Die Jugend lernt jetzt nichts mehr

und ist in Folge dessen ganz verwildert. Sogar Lehrer klagen über diesen Zustand. Eine polnische Agitation existiert in Oberschlesien nicht.

Geb. Rath Kügler: Schon seit einer Reihe von Jahren werden Versuche gemacht, die Oberschlesier in die großpolnische Agitation hineinzuziehen. In Oberschlesien ist früher, bis in die vierziger Jahre hinein deutsch unterrichtet worden, und ein Versuch, das Hochpolnische einzuführen, wurde nur etwaige Jahre gemacht, worauf man sofort zu dem früheren System zurückkehrte. Es steht auch viel besser, als man es darstellt. Die Kinder sprechen vorzüglich deutsch. Eine Revision der Schulen durch Geistliche im Auftrag des Erzbischofs Kopp hat das bewiesen. Wo normale Verhältnisse herrschen, sind die Unterrichtserfolge gute.

Abg. Spörlich (Benz) verlangt eine Aufhebung des Altkatholikengezes. Der Ausdruck "evangelisches Gewissen" von Seiten des Ministers habe Missstimmung hervorgerufen, weil man im Lande glaube, daß die Beamten diese Bezeichnung mitverstehen würden.

Darauf vertagt das Haus die Berathung auf Montag 11 Uhr. Schluss 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 19. Febr. Die Reichstagsberathung über das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz hat etwa denselben Eindruck hinterlassen wie die neuliche Debatte über die Sonntagsruhe. Es gibt Unzufriedenheit mit beiden Gesetzen, es gibt zahlreiche Gründe, sich an Einzelheiten dort wie hier zu stören, aber die Forderung, nun etwa den früheren Zustand wieder herzustellen, sollte ernsthaft nicht erhoben werden. Der Abg. Barth allerdings erklärte, der Staatsmann, der den Mut hätte, das Gesetz aufzuheben, würde sich damit ein großes Verdienst erwerben. Aber der Abg. Schrader, der die Mängel des Gesetzes ebensfalls scharf kritisierte, möchte doch nicht soweit gehen wie sein Fraktionskollege, und die Reform, nicht die Aufhebung, die ja auch wirklich unmöglich ist, wurde von ihm verlangt. Freilich würde die Reform, die den Abg. Schrader befriedigen sollte, von dem bestehenden Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz nicht mehr viel übrig lassen. In der Debatte machte der Staatssekretär v. Bötticher eine beachtenswerthe praktische Bemerkung. Der Minister glaubt nämlich, daß die Unzufriedenheit mit dem Gesetz noch mehr als bisher schon schwunden werde, wenn die lästige Pflicht des Markenlebens durch ein brauchbareres System ersetzt werden könnte. In der That ist hier einer der Hauptgründe, vielleicht sogar der entscheidende Grund für die Missstimmung über das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz zu suchen. Die Pflicht zu zahlen, würde am Ende nicht schwerer empfunden werden als die Pflicht zur Leistung irgend einer direkten Steuer. Räsoniert wird ja auch über die Steuern, aber man giebt sie doch her, weil die Erhebungsart verhältnismäßig bequem ist. Könnte die Beitrag leistung der Versicherer zur Alters- und Invaliditätsversicherung in Pauschal leistungen geschehen, so wäre das gewiß eine nützliche Neuerung. Fraglich ist, ob der in Hildesheim versuchsweise beschrittene Weg der richtige ist, wonach der Magistrat die Führung und Ausfüllung der Quittungsbücher übernimmt. Was in den Verhältnissen einer Mittelstadt angehen mag, das braucht weder für die Großstädte noch für das platten Land zu passen. Eine gute Dosis Humor liegt darin, daß der eifrigste Vorkämpfer des Versicherungsgesetzes der Abg. Bebel war. So muß das Gesetz von den Arbeitern also doch wohl höher geschätzt werden, als die frühere Spottlust der Sozialdemokraten über dies Flickwerk Wort haben wollte. Ueber die Verwendung der aufgespeicherten Versicherungsgelder zu gemeinnützigen Bautzwecken sind die Meinungen offenbar noch nicht geklärt. Was im Reichstage gestern zu dieser wichtigen Frage geäußert wurde, geht nicht grade tief. Der Einspruch freilich des Herrn Bebel gegen die gemeinnützigen Baugesellschaften, die nur neue "Sklaven" des Kapitalismus schaffen, braucht nicht sehr tragisch genommen zu werden, nachdem die Erfahrung gezeigt hat, daß sich auf diesem Gebiete wirklich Nützliches schaffen lässt. —

Die Berathung des Kultusministers im Abgeordnetenhaus nimmt immer mehr den Charakter eines religiösen Disputatoriums an. Die Herren Stöcker und v. Wackerbarth spielen sich als Talmud-Kenner auf, und den Abgeordneten wie den Zuhörern auf den Tribünen fliegen Worte an den Kopf, die sie nie in ihrem Leben gehört haben; Sätze werden verlesen aus Religionsbüchern wohl gar Gelehrten, daß man vor solcher erstaunlichen Gelehrsamkeit mit tiefer Bewunderung verstummen darf, und kein Mensch weiß zu sagen, was dies Alles für einen vernünftigen Zweck haben soll. Der Abg. Richter ist dann regelmäßig auf dem Plane, um die angegriffenen Juden zu schützen. Er thut das mit dem Eifer, mit dem seine impulsiven Natur auf Recht und Unrecht reagirt. Aber wer diesen Debatten, die sich in der störendsten Weise wiederholen, objektiv folgt, der hat doch den Eindruck, daß das Parlament nicht der Platz ist, wo solche Dinge zu einem auch nur einigermaßen befriedigenden Ausstrage gebracht werden können. Freilich, was sollen die Männer thun, die die antisemitischen Angriffe abzuwehren genötigt sind? Sie werden durch die antisemitischen Redner immer aufs Neue herausgefordert, und eine Antwort kann somit nicht umgangen werden. Aber was noththäte, das wäre, daß den Stöcker und Genossen in autoritativer Weise gesagt würde, wie komisch und unwürdig zugleich ihr demagogischer Dilettantismus wirkt. Demagogie ist die Absicht, Dilettantismus flachster Sorte ist die Verwirklichung dieser Absicht. Das Interesse des Hauses an diesen sonderbaren Unterhaltungen ist übrigens nur gering, weit geringer als es nach dem Umfang der Reden scheinen möchte. Aber auch für die anderen, im Verlaufe der Etatsdebatte angeregten Dinge will sich das Abgeordnetenhaus nicht erwärmen; es ist eine der mattesten, bisher beobachteten Formen, in denen der Etat des Kultusministeriums diesmal erledigt wird.

— Die Frage, ob die geplante internationale Sanitätskonferenz in Dresden aus diplomatischen Vertretern oder aus Fachmännern auf dem Gebiete des Sanitätswesens zusammengesetzt werden solle, ist nach der "Kreuzztg." gelöst.

Die Regierungen werden diplomatische Vertreter senden, was schon deshalb erforderlich erscheint, weil es sich um das Zustandekommen internationaler Vereinbarungen über die gleichmäßige Handhabung der Vorsichtsmahregeln zur Abwehr der Cholera handelt. Das schlägt indessen die Teilnahme von Fachmännern in Sanitäts- und Verkehrsangelegenheiten nicht aus, und es werden daher die diplomatischen Vertreter aller Wahrscheinlichkeit nach auch von solchen begleitet sein. Zur Besichtigung der Konferenz haben sich schon sämtliche Regierungen bereit erklärt.

Bund deutscher Landwirthe.

Berlin, 18. Februar.

Zu heute Nachmittag 3 Uhr war, wie schon kurz gemeldet, nach dem großen Saal der auf dem Kreuzberg gelegenen Tivoli-Brauerei ein Kongress der deutschen Landwirthe eingebrochen. Der Andrang war schon lange vorher ein außerordentlicher. Wie verlautet, sind zehntausend Eintrittskarten verlangt worden, während der Tivoli-Saal nur viertausend Personen fährt. Gegen drei Uhr Nachmittags war der Saal, aus dem die Tische entfernt waren, bereits überfüllt. Der Vorsitzende des deutschen Bauernbundes, Herr von Bloch-Döllingen, thellte vor Beginn der Sitzung mit, daß er mit Rücksicht auf den großen Andrang an das Polizeipräsidium die Bitte gerichtet habe, die Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel zu gestatten, daß sein Antrag aber mit Rücksicht auf die Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes abgelehnt worden sei. Zum Erstz veranlaßte er die Öffnung von Fenstern und Thüren, damit auch die Außenseitenden etwas hören könnten. Die Berathung wurde mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser und die deutschen Bundesfürsten eröffnet und danach die Absendung eines Begrüßungstelegramms an den Kaiser beschlossen. Herr von Bloch erzählte hier nach, daß die Idee, den Bund der deutschen Landwirthe zu gründen, außerordentlichen Anfang gefunden habe. Es handelt sich dabei nur um Wirtschaftspolitik, nicht um Fraktionspolitik, nur um den Schutz der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft, wie seiner Zeit Fürst Bismarck es verlangt habe. Als hier Hochrufe auf den Fürsten Bismarck erklangen, meinte der Redner, daß dies besser zu unterlassen sei, da Fürst Bismarck ohnedies wisse, daß die deutsche Landwirtschaft wie ein Mann hinter ihm stehe. Auch von der Absendung einer Adresse an den Fürsten Bismarck, die in Burschen verlangt wurde, rieb er ab. Aus der Mitte der Versammlung nahm zuerst das Wort Gutsväter Rupprecht (Anzern):

Das Jahr 1892 hat uns nach vielen Missernten einmal eine ziemlich gute Ernte gebracht. Es war Aussicht vorhanden, daß die deutschen Landwirthe wieder einmal ihre Lage verbessern könnten. Aber da droht uns bereits wieder der deutsch-russische Handelsvertrag. Es wird gefragt: der Handelsvertrag kommt Deutschland zu Gute. Meine Herren! Der deutsch-russische Handelsvertrag ist nur von Vortheil für die Polen, Juden und Sozialdemokraten. (Beifall und heftiger Widerpruch!) Russisch! Polen nicht! Zurücknehmen! M. H.! Die Polen will ich ausnehmen, die Juden und Sozialdemokraten lasse ich aber stehen. (Beifall) Es ist in der jüngsten Zeit viel von Demagogie gesprochen worden. Ich und jedenfalls Sie alle sind fern von jedem Demagogenthum. Die deutschen Landwirthe sind noch immer königstreue gewesen. Allein wir sind genötigt, lebhafte Opposition zu machen, wenn man daran geht, mit den alten Traditionen unseres Vaterlandes zu brechen. Wir haben mit Freuden der sozialpolitischen Gesetzgebung zugestimmt; wir freuen uns, daß für die Zukunft unserer Arbeiter gefragt ist, wir gönnen den Arbeitern auch die höheren Löhne. Allein es ist zu erwägen, daß so mancher Bauer höhere Löhne zahlt, als er Einnahmen hat. Die Landwirthe wollen die Besserstellung ihrer Arbeiter, diese kann doch aber nur Hand in Hand gehen mit der Besserstellung der deutschen Landwirtschaft. Wenn erst die deutsche Landwirtschaft wieder blüht, dann wird auch Handel und Industrie wieder blühen, denn dann wird das deutsche Volk wieder laufkräftig werden; deshalb ist es nothwendig, daß wir Landwirthe uns zusammen schließen und ohne jede Fraktionspolitik für die Interessen der deutschen Landwirthe eintreten. Ich ersuche Sie, der Bildung des neuen Bundes der deutschen Landwirthe einstimmig zuzustimmen. (Beifall.)

Rittergutsbesitzer v. Wangenheim (N. Spiegel): Er könne dem Vorredner nur zustimmen. Der deutsche Bauer sei von Natur aus königstreu. (Beifall) Allein er müsse Opposition machen, wenn man ihm seine Existenz untergraben will. Es müsse zur allgemeinen Kenntnis gelangen, daß, wenn es der deutschen Landwirtschaft schlecht gebe, es auch den anderen Ständen nicht gut gehen könne. Daß dieser selbstverständliche Grundsatz noch so wenig verstanden werde, verschuldet der Umstand, daß wir keine Presse haben, die dies den Stadtbewohnern klar macht. Deshalb ist es erforderlich, daß wir den neuen Bund gründen, der die uns erforderliche Presse schafft. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Treuge bezeichnet es als eine Überhebung des Abgeordneten Bamberger und der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß diese sich als Vertreter der deutschen Landwirthe gebären. Letztere werden sich zweifellos vor einer solchen Vertretung bestens bedanken. (Beifall.) Der neu zu begründende Bund solle keine Fraktionspolitik treiben, er müsse aber von dem Kandidaten, der in den Reichstag oder Landtag gewählt werden sollte und auf die Stimmen der Landwirthe spektre, die strikte Beantwortung verlangen, ob er eintreten wolle: 1) für die Wehrhaftmachung des deutschen Vaterlandes, 2) für Ordnung und deutsche Sitte und 3) für gesetzliche Maßregeln zum Schutz der deutschen Landwirtschaft. Derjenige Kandidat, der die Beantwortung hierauf nicht rückhaltlos bezahlt, könne nicht von den Landwirthen gewählt werden. (Beifall.) Der Bund müsse ferner dafür wirken, daß die von ihm aufgestellten Kandidaten allem Streberthum und aller Liebedienerei fernstehen. Im Übrigen kenne der deutsche Landwirth nur einen Politik, d. i. die Treue zu Kaiser und Reich. (Lebhafte Beifall.) Abg. Luky (Bayern): Er bewirtschaftet ein kleines Gut und sei von den Kleinbauern in seiner Heimat in den Reichstag gewählt. Er könne bekennen, daß seine Wähler die Begründung des hier zu schaffenden Bundes mit Freuden begrüßen. Fürst Bismarck habe einmal gesagt: Wenn man dem deutschen Bauer Unrecht thue, so wehre er sich so lange, bis ihm sein Recht werde. (Stürmischer Beifall.) Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die deutschen Bauern diesen Wahr spruch sich als Mahnruf dienen lassen werden. (Stürmischer Beifall.)

Führ. v. Thüngen-Rothbach: Die süddeutschen Landwirthe sind mit dem Vorgehen ihrer norddeutschen Kollegen vollständig einverstanden. Auch wir in Süddeutschland fühlen, daß es so nicht weiter gehen kann. Die Regierung sollte doch bedenken, daß wenn wir von unserer Schule getrieben werden, an unsere Stelle Rothschild und Bleichröder, Meyer und Cohn treten. (Stürmischer Beifall.) Wir dürfen uns aber nicht mit bloßen Vorschlägen begnügen, wir müssen auch bemüht sein, diesen Vorschlägen die nötige Geltung zu verschaffen. Dies kann nur geschehen, wenn wir geeignete Männer in den Reichstag und die Landtage entsenden.

Deshalb ist es erforderlich, daß wir mit den Kleinbauern Hand in Hand gehen. (Stürmischer Beifall.) Wir sind lange genug Ambos gewesen, auf dem die Regierung und die Parteien herumgefahren haben, wir wollen jetzt endlich auch einmal Hammer sein. (Stürmischer Beifall.)

Rittergutsbesitzer von Riepenhausen (Krangen): Wenn man erwäge, daß die Verhuldung des ländlichen Grundbesitzes in Deutschland vom Jahre 1891 zu 92 um 200 Millionen Mark gestiegen ist, dann werde man einsehen, daß es hohe Zeit sei, daß die deutschen Landwirthe sich zu gemeinsamem energischen Handeln aufmachen. (Beifall.)

Abg. Graf von Limburg-Stirum: Er begrüßt schon deshalb den zu begründenden Bund, da es dadurch möglich werde, daß die Nationalliberalen und Freikonservativen den Landwirten zu Hilfe kommen. Er halte ein Zusammensein der Landwirthe mit den Städtern sehr wohl für möglich, denn die Interessen der Landwirthe widersprechen keineswegs denen der anderen Stände. Im Übrigen begrüßt er es mit Freuden, daß die Landwirthe mit dem Vorgehen der konserватiven Abgeordneten einverstanden seien. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Rittergutsbesitzer von Lassarowski: Es habe heute eine Versammlung der Polen stattgefunden. Diese habe beschlossen, in der Landwirtschaftspolitik mit den übrigen deutschen Landwirten Hand in Hand zu gehen. (Stürmischer Beifall.) Dem Programm habe die Versammlung vorläufig noch nicht zugesagt; er sei aber beauftragt, im Namen der Versammlung den Wunsch auszusprechen, daß der neu zu begründende Bund segenreich wirken möge. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Graf v. Mirbach (Sorau): Die großartige Bewegung erfüllt ihn mit großer Genugthuung. Er wünsche nur, daß die hohen Wogen, die sich allmählich aus einem agrarischen Trocken gebildet haben, nicht an den Ufern zerstören mögen. Er sei überzeugt, daß der zu begründende Bund zu einer nie gehabten Kraft gelangen und auf der Grundlage einer starken Landwirtschaft sich aufzubauen werde. (Stürmischer Beifall.)

Es wurde alsdann einstimmig die Begründung des Bundes deutscher Landwirthe beschlossen und folgendes Programm als Grundlage angenommen:

"Die deutsche Landwirtschaft ist das erste und bedeutendste Gewerbe, die festste Stütze des Reichs und der Einzilstaaten. Dieselbe zu schützen und zu kräftigen ist unsere erste und ernste Aufgabe, weil durch das Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft die Wohlfahrt aller anderen Berufswege gesichert ist. Wir fordern daher: 1. Genügenden Schutz für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und deren Nebengewerbe; 2. deshalb keine Ermäßigung der bestehenden Zölle, keine Handelsverträge mit Russland und anderen Ländern, welche die Herabsetzung der deutschen landwirtschaftlichen Zölle zur Folge haben, und eine entsprechende Regelung unseres Verhältnisses zu Amerika; 3. Schiedlung der landwirtschaftlichen, besonders der bauerlichen Nebengewerbe in bauerlicher Beziehung; 4. Asperrung der Viehfuhr aus feuchten verdächtigen Ländern; 5. Einführung der Doppelwährung als wirkhaften Schutz gegen den Rückgang des Preises der landwirtschaftlichen Erzeugnisse; 6. gesetzlich ge regelte Vertretung der Landwirtschaft durch Bildung von Landwirtschaftssammern; 7. anderweitige Regelung der Gesetzgebung über den Unterstützungswohnsitz und den Kontraktbruch der Arbeiter; 8. Revision der Arbeiterschutz-Gesetzgebung; Beseitigung des Markenzwanges und Verbilligung in der Verwaltung; 9. schärfere staatliche Beaufsichtigung der Produktionsbörse um eine willkürliche, Landwirtschaft und Konsum gleichmäßig schädigende Preisbildung zu verhindern. 10. Ausbildung des privaten und öffentlichen Rechts auch der Berufsbildungsformen des Grundbesitzes und der Heimstätten-Gesetzgebung auf Grundlage des deutschen Rechtsbewußtseins, damit den Interessen von Grundbesitz und Landwirtschaft besser wie bisher genützt wird. 11. Möglichste Entlastung der ländlichen Organe der Selbstverwaltung.

Endlich gelangte noch eine längere Resolution zur Annahme, in der es u. A. heißt:

"Wir sind zu jedem Opfer für das Vaterland bereit. Wir sind aber von der festen Überzeugung durchdrungen, daß die dauernde und sicherste Grundlage für unseres Vaterlandes Macht und Größe in dem Gedeihen der Landwirtschaft beruht. Die Gesetzgebung der letzten Jahre, verbunden mit den abgeschlossenen Handelsverträgen, hat aber diese Grundlage gewaltig erschüttert, so daß die Existenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gefährdet erscheint. Wir erkennen namentlich in der drohenden Gewährung weiterer Einfuhrergünstigungen an das Ausland eine unerträgliche Schädigung unseres Gewerbes. Wir richten daher an den Reichstag die dringende Bitte: Dersehne wolle allen weiteren Handelsverträgen, soweit sie eine Herabsetzung der bestehenden Zölle enthalten, unbedingt seine Zustimmung versagen und auf eine Förderung auch der landwirtschaftlichen Ausfuhr Bedacht nehmen, damit die deutsche Landwirtschaft blühen könne zum Segen des gesamten Vaterlandes."

Die Versammlung wurde hierauf mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser geschlossen. Die Menge verließ den Saal, Tausende von Menschen, die bis dahin draußen gestanden, weil sie keinen Eintritt mehr gefunden hatten, kamen herein. Als dann wurde in derselben Weise eine zweite Versammlung abgehalten, die dieselben Beschlüsse faßte.

Hierzu wird uns aus Berlin geschrieben:

■ Berlin, 19. Febr. Die Agrarier verstehen sich auf Agitation trotz den Sozialdemokraten. Das wenigstens haben sie durch die Tivoli-Versammlung bewiesen, wenn sie auch nichts weiter bewiesen haben. Der Bauerntypus war in der Versammlung spärlich vertreten, auch hat kein Bauer das Wort genommen. Der Bauer reist nicht nach Berlin, um eine von Politikern herbeigeführte Versammlung zu besuchen. Mehrere Redner betonten auffallend stark die angebliche Interessen-Solidarität der landwirtschaftlichen großen und kleinen Besitzer, Pächter und Arbeiter. Der Unbefangene bekam aus der Gelehrtheit dieser Argumentation den Eindruck, daß der Glaube an diese Solidarität unter den Bauern stark wanke und daß es sich besonders darum handle, einem Abschwenken der Bauern entgegenzuwirken. Mit den Einladungskarten war man sehr freigiebig gewesen; es sollte eben nach Außen mit der Behauptung von einer stattgehabten Massenversammlung gewirkt werden. Beachtenswerth ist auch, daß die Wichtigkeit der Presse betont und der Gründung großer, zu subventionirender Blätter mit agrarischer Tendenz das Wort geredet wurde. Am meisten aber ist charakteristisch, daß von den anderen Klassen in der Bevölkerung außer den Landwirten, von Konsumenten, vom nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter, vom Beamten, mit keinem Worte die Rede war. Es kennzeichnet die Rücksichtslosigkeit der Agrarier, daß sie lediglich von ihrem Interesse sprechen. Selbst die Sozialdemokraten fühlen das Bedürfnis, die Interessen anderer Gesellschaftsklassen

als der Lohnarbeiter zu erörtern, deren Schonung zu empfehlen oder ihre Außerachtlassung zu rechtfertigen. So sentimental sind unsere Agrarier nicht. Zedenfalls wird die agrarische Presse, werden die Agrarier auch im Reichstag mit der gestrigen Versammlung sehr viel Wesens machen und behaupten, daß die Mehrzahl der Landwirthe hinter ihnen stehe. Selbst wenn das wahr wäre, was würde damit bewiesen sein? Jede Erwerbsklasse hat eine Summe bestimmter Wünsche und Interessen, über die sich die zu dieser Klasse Gehörigen sehr leicht verständigen würden, wenn man sie in der Weise versammelte und demagogisch erhitze, wie es die Agrarier jetzt mit den Landwirthen gethan haben. Meistens aber wird es beim Aussprechen der Wünsche auch sein Bewenden haben, und weder eine starke Regierung noch die selbstbewußten Parteien brauchen sich viel um dies "Schreien" zu kümmern. Es trifft sich nicht übel, daß gerade gestern im Reichstage Herr v. Bötticher über den Werth von Massenpetitionen zu sprechen Gelegenheit hatte. Die bayerische Petition gegen das Invaliditätsgebet mit ihrer Viertelmillion Unterschriften imponierte dem Staatssekretär des Innern gar nicht, und er meinte, eine Petition, die die Abschaffung aller Steuern verlangt werde leicht Millionen von Unterschriften bekommen können. Das ist ganz richtig, und wenn Derartiges einmal käme, so würde man, wie wenig davon zu halten wäre. Die Agitation des Bundes der Landwirthe ist ein Fieberschauer, der noch dazu durch künstliche Reizmittel hervorgerufen worden ist, und Fieberkrank pflegt man bekanntlich zu heilen, nicht indem man ihnen ihren unverständigen Willen thut, sondern indem man ihrem Willen den besseren und stärkeren führt und wohlwollender Überlegung entgegensetzt. Die Rede des Reichskanzlers vom Freitag hat die Reden und Beschlüsse des Bundes der Landwirthe schon so vollständig aufgewogen, daß der praktische Werth der Tivoli-Versammlung den besonneneren Agrariern inzwischen illusorisch genug vorkommen mag. Die Tivoli-Versammlung schreit gegen den russischen Handelsvertrag, und doch wird dieser ganz bestimmt kommen, wenn Russland unsere Gegenforderungen annimmt, und die Mehrheit für die Herabsetzung des Getreidezolls auch an der russischen Grenze wird nicht kleiner sein, trotz des Lärms auf Tivoli, als wie sie für den österreichischen Handelsvertrag war. Graf Caprivi hat erklärt, daß er die durch das Land gehende Bewegung außerordentlich ernst nehme. Vielleicht nimmt er sie sogar ernster, als sie es verdient. Aber auch wenn das nicht der Fall ist, dann haben die Agrarier aus der Rede des Reichskanzlers, wie namentlich aus seiner Handelsvertragspolitik zu lernen, daß all ihr Schreien die leitende Politik nicht von ihren vernünftigen Wegen ablenken wird.

Lokales.

Posen, 20. Februar.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Pogorzlice vom 18. Februar 3,10 Meter, vom 19. Febr. 3,20 Meter, unbedeutender Eisgang; aus Schrimm vom 18. Febr. 2,40 Meter, vom 19. Febr. 2,56 Meter.

p. [Von der Warthe.] Die Eisdecke auf der Warthe ist über Nacht aufgebrochen, so daß heute Morgen sehr starker Eisgang herrscht. Dabei ist das Wasser ungemein gestiegen, und während gestern sich nur erst die Vorfluthgräben mit Wasser füllten, ist heute bereits die Eichwaldstraße und ein Theil der Dammstraße überschwemmt. Bei der Großen Schleuse und der Dombrücke war man gestern und heute eifrig bemüht, die eingetretenen Eisstauungen zu beseitigen, doch verstopften sich die Joche trotz der fortwährend vorgenommenen Sprennungen immer wieder. Das Fort Radziwill liegt mittler auf einer Insel, so daß der Verkehr mit Berdychow und Pietrowo nur durch Boote vermittelt werden muß. Heute Morgen fiel dabei ein Mann ins Wasser, doch konnte er glücklicher Weise sofort wieder herausgezogen werden. Angesichts der aus Schrimm eingelaufenen Nachrichten dürfte ein weiteres schnelles Steigen des Wassers zu erwarten sein. Der Pegel an der Wallfahrt zeigte heute Morgen ein Wasserstand von etwas über 3 Meter.

p. Die Illumination, welche gestern Abend anlässlich des Papstjubiläums stattfand, wurde namentlich durch den unaufhörlich vom Himmel herabströmenden Regen sehr beeinträchtigt, da die Straßen auf der Wallfahrt und der Schrotka, deren Häuser hauptsächlich beleuchtet waren, nur schlecht zu passieren waren. Dazu kam, daß die Hauptstraßen der Stadt, wie der untere Theil der Wilhelmstraße, die Breite-, Friedrich-, Halbdorf- und Bronnerstraße, sowie der Wilhelmplatz, in welchen sowohl zahlreiche öffentliche Gebäude liegen als auch größtentheils der nichtkatholische Theil unserer Bevölkerung wohnt, vielfach dunkel blieben. In der Oberstadt traten hauptsächlich die St. Martin-, Bäder-, Ritter-, Berg-, Garten- und Neuestraße durch eine glänzende Illumination hervor, während in der Victoria- und Bismarckstraße nur wenige Fenster erleuchtet waren. Auf dem Alten Markt zeichnete sich besonders der Häuserkomplex neben dem Rathause aus, wo durch Transparente und Dekorationen ebenso wie in der Breslauerstraße recht anziehende Wirkungen erzielt wurden. Den Glanzpunkt bildete natürlich die Dominsel und die Wallfahrt, wo fast jedes Haus vom Keller bis zum Dachfenster erleuchtet war. Die Marienkirche und das erzbischöfliche Palais, sowie die zahlreichen geistlichen Institute waren auf das Rechte illuminiert, so daß der sonst etwas dunkle Platz taghell war. Von den übrigen Straßen der Unterstadt wollen wir noch die Gr. Gerberstraße, die Fischerei und den Grünen Platz hervorheben, wo sogar die Hinterhäuser zahlreich illuminiert waren. Die katholischen Kirchen hoben sich durch eine besonders glänzende Illumination, große Transparente mit dem Bildnis des Papstes und dgl. von ihrer Umgebung ab. Die Ordnung wurde, obgleich namentlich in den unteren Stadttheilen eine große Menschenmenge durch die Straßen wogte, soweit bis jetzt bekannt, nirgends gestört.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 19. Febr. Der Geheime Kommerzienrat G. v. Bleichröder, Chef des Hauses S. Bleichröder, ist heute Nachmittag 1½ Uhr gestorben.

Königsberg i. Pr., 18. Febr. Seitens des Lehrkörpers der Universität wird für den ausgeschiedenen Dr. Friedländer der Geh. Justizrat Prof. Güterbock als Vertreter der Universität im Herrenhaus präsentiert.

Köln, 19. Febr. Zur Feier des 50jährigen Bischofsjubiläums des Papstes fand heute im Gürzenichsaal eine Versammlung statt, welche etwa 5000 Personen, darunter mehrere Reichstags- und Landtagsabgeordnete sowie höhere Beamte, beteiligt waren. Dompropst Dr. Berlage feierte den Papst als Friedensfürsten und Förderer der Wissenschaft; Oberlandesgerichtsrath Röhren hob das sozialpolitische Wirken des Papstes hervor. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Reichsberger, der ein Hoch auf den Papst ausbrachte und ein abzusendendes Glückwunschtelegramm verlas. Die städtischen Gebäude sowie zahlreiche Privathäuser sind beflaggt.

Hamburg, 18. Febr. Wie der "Hamburgischen Börsenhalle" aus Rio de Janeiro von gestern gemeldet wird, werden natürliche Mineralwässer zur Einfuhr zugelassen, welche begleitet sind von Zertifikaten der Ortsbehörden hinsichtlich des Ursprungs, sowie von solchen der Medizinalbehörden darüber, daß keine Cholera am Orte der Füllung existiert. Beide Dokumente müssen außerdem von dem nächsten brasilianischen Konsul attestiert werden. Für alle anderen Mineralwässer ist die Einfuhr nur gestattet, wenn die Cholera erloschen ist.

Wien, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses hob der Handelsminister bei einer Besprechung der Verhältnisse des österreichischen Lloyd die Verbesserung des Schiffsmaterials durch Anschaffung neuer Dampfer für den indochinesischen Dienst und die Ausstattung älterer Dampfer mit neuen Maschinen hervor, sowie die Lösung einiger Personalfragen, insbesondere die zu den besten Hoffnungen berechtigende Acquisition eines anderweitig auf das Beste bewährten nautischen Direktors. Das finanzielle Ergebnis des Jahres 1892 lasse sich vor Abschluß der März-Bilanz unmöglich übersehen, doch sei anzunehmen, daß siebe werde infofern nicht ungünstig lauten, als bedeutende Erspartnisse, namentlich im Arsenalbetriebe erzielt werden.

Wien, 18. Febr. Der Ausschuß für die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses hat anlässlich der Vorstufe in den letzten Sitzungen den Paragraph 57 der Geschäftsordnung an die Subkommission beauftragt nochmaliger Beratung zurückverwiesen. Der betreffende Paragraph bleibt dem Präsidenten des Hauses nur das Recht des Ordnungsruhes bzw. der Entziehung des Wortes für höchstens 10 Sitzungen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß nahm den Freundschafts- und Handelsvertrag mit Korea, sowie die Abänderung des Art. VI des Handelsvertrages mit Schweden-Norwegen ohne Debatte an.

Wien, 19. Febr. Wie die Blätter melden, findet die Vermählung des Prinzen Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Marie von Parma am 10. April in der Villa Pianore bei Biareggio statt.

Gestern fand im Schloß Schwarzenburg die Verlobungsfeier des Prinzen Ferdinand in Anwesenheit der Mitglieder der Familien des Bräutigams und der Braut statt.

Petersburg, 18. Febr. Bei dem Empfang einer Deputation des hiesigen slavischen Wohlthätigkeitsvereins äußerte der Erbprinz Danilo von Montenegro der "Novoje Wremja" zufolge, die Russen sollten nicht den Unterstellungen auswärtiger Zeitungen glauben, und überzeugt sein, daß er Russland ebenso ergeben sei wie sein Vater, welcher stolz ist, immerdar ein treuer Freund des Zaren zu sein.

Petersburg, 18. Febr. Die große Tabaksfabrik von Bogdanoff ist durch eine Feuersbrunst heimgesucht worden und hat bedeutenden Schaden erlitten, jetzt jedoch ihre Arbeit fort.

Petersburg, 19. Febr. Der Generalgouverneur des Amurgebietes Baron Korff ist heute früh plötzlich gestorben.

Kopenhagen, 18. Febr. Die Übersfahrt über den Welt und die Fahrt Korsör-Kiel sind heute wegen Nebels eingestellt.

Rom, 18. Febr. [Deputirtenkammer.] In Beantwortung der Anfragen Barzials und Carmines über die angeblich öffentlichen Kundgebungen, welche bei der Katholiken-Versammlung in Wien anlässlich des Jubiläums des Papstes unter Theilnahme einer Erzherzogin und zweier Minister stattfanden, erklärte der Minister des Neuzerns Brin, man habe die Bedeutung einer That nach übertrieben, welche sich in der letzten Zeit mehrere Male wiederholte. Barzilai kündigte an, daß er durch die Antwort nicht bestreitigt sei und seine Anfrage in eine Interpellation umwandeln werde.

Auf die Interpellation Lucifers über die Neuvergütungen des deutschen Reichskanzlers Grafen Caprivi in der Militärmmission bezüglich Italiens erklärte der Minister, es berechte nichts zu der Annahme, daß Italien gegenwärtig von Deutschland weniger geachtet werde als vorher. Er müsse bestreiten, daß die Verbündeten Italiens das Jubiläum des Papstes zu feindlichen Kundgebungen gegen Italien benutzt.

Rom, 18. Febr. Der Senat nahm eine von Ferrari beantragte Tagesordnung an, dahin gehend, die Beratung der Bankenfrage bis zur Vorlegung der Ergebnisse der Revision und des Gesetzentwurfs über die Emissionsbanken zu suspendieren.

Paris, 18. Febr. Der Ministerrat beschloß bei dem Parlamente das dritte provisorische Zwölftel zu beantragen, da es nicht möglich sei, vor dem 28. d. M. das Budget zu votiren.

In Folge von Unruhen, die auf St. Domingo ausgebrochen sind, wird die französische Regierung den zur atlantischen Division gehörigen Kreuzer "Magon" dorthin entsenden.

Paris, 18. Febr. Die Meldung des "Figaro" von der bevorstehenden Antunft der Kaiserin von Österreich wird von unterrichteter Seite nicht bestätigt.

Paris, 18. Febr. Das "Journal officiel" veröffentlicht ein Dekret, durch welches ein Versicherungs-Staffelltarif von 10 Centimes für je 300 Francs oder einen Theil von 300 Francs eingeführt wird, welcher erhoben werden soll für Postsendungen mit deklaritem Werth, sofern dieselben über Belgien zwischen französischen von der Compagnie du Nord bedienten Ortschaften und Deutschland oder umgekehrt ausgetauscht werden.

Madrid, 18. Febr. Der Minister des Auswärtigen Armijo hatte gestern mit dem deutschen Botschafter v. Radowitsch eine Besprechung. Letzterer stellte dem Minister die für die Handelsvertragsverhandlungen hier eingetroffenen deutschen Delegirten vor. Die Verhandlungen dürften nunmehr lebhaft gefördert werden. Armijo konferierte in Angelegenheit der Handelsverträge gestern auch mit dem österreichischen Botschafter Grafen Dubsky.

Antwerpen, 19. Febr. Nach Besluß der hiesigen Schelde-Gesundheits-Kommission vom 11. d. M. sollen Herkünfte aus den Nordseehäfen an Stelle der bisherigen Beobachtung nur einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden.

Die Einfuhr von Lumpen, alten Sachen &c. aus den Elbhäfen bleibt untersagt.

London, 18. Febr. Aus dem Texte der heute veröffentlichten Homerulebill geht hervor, daß von 80 Iren, welche der Vorlage zufolge im Reichsparlamente Sitze haben sollen, die Provinz Ulster durch 27 vertreten sein wird. Von 48 Mitgliedern, die den legislativen Rat bilden, würde Ulster 15 zu stellen haben.

London, 18. Febr. Bei der Wahl eines Unterhausmitgliedes in Hexham wurde der Gladstoneaner MacInnes mit einer Mehrheit von 446 Stimmen gegen den Unionisten Clayton gewählt. Bei der letzten Wahl hatten die Konserватiven eine Mehrheit von 82 Stimmen.

London, 19. Febr. Die antiparnellitische Partei hat nach Amerika und Australien einen Aufruf zur Veranstaltung von Geldsammlungen für den Homerulefeldzug gerichtet, welcher angesichts der Anstrengungen der Feinde Irlands noch lange ein verzweifelter sein werde. In dem Aufrufe wird erklärt, daß die Partei die von Gladstone vorgeschlagene Verfassung ohne Bedenken als einen würdigen Abschluß der von Irland Jahrhunderte hindurch gebrachten Opfer annehme.

London, 19. Febr. Das "Reutersche Bureau" meldet aus Kairo, es sei weder Lord Cromer noch Muhtar-Pascha etwas davon bekannt, daß letzterer von seinem Posten als Oberkommissar der Pforte abberufen sei.

Pera, 18. Febr. Der Sultan empfing heute den Bankdirektor Paula in Privataudienz, sprach denselben seine hohe Besiedigung über die Eisenbahn-Angelegenheit aus und gedachte in anerkennender Weise der bisher beendeten Arbeiten. Der betreffende kaiserliche German ist heute Paula zugestellt worden.

Bukarest, 18. Febr. Der Domänenminister Carp nahm die Beschlüsse der Kammerkommission an, wonach rumänische Unterthanen unentgeltlich als Schüler in Fachgewerbeschulen aufgenommen werden; die Frage über die Zulassung von Ausländern erklärte der Minister für einen ergänzenden Gesetzartikel offen lassen zu wollen.

Nom, 20. Febr. Anlässlich des Papstjubiläums sind die Peterskirche und andere Kirchen, sowie katholische Etablissemets illuminiert. Die Straßen sind sehr belebt. Beim Kardinal Rampolla fand ein Diner statt, wozu die mit der Rückwunschung des Papstes beauftragten Botschafter und außerordentlichen Gesandten geladen waren. Der König wurde, als er seinen gewöhnlichen Spaziergang machte, lebhaft begrüßt.

London, 20. Febr. Nach Meldungen aus Brislane verursachten starke Regengüsse neuerdings Überschwemmungen in Queensland. Die Verbindungen auf Eisenbahnen- und Telegraphen-Linien sind vielfach unterbrochen. Ipswich steht fast ganz unter Wasser. Das Wasser sinkt nur langsam. Mehrere Personen sind ertrunken.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad Cels.
18. Nachm. 2	760,8	W mäßig	bedeckt	+ 3,4
18. Abends 9	766,7	SW leiser 3.	bedeckt	+ 1,8
19. Morgs. 7	754,3	SW mäßig	bedeckt	+ 2,0
19. Nachm. 2	751,4	W frisch	bedeckt	+ 2,2
19. Abends 9	748,3	W frisch	bedeckt	+ 6,5
2. Morgs. 7	747,2	NO mäßig	bedeckt	+ 3,1

¹⁾ Bis 10½ Uhr Schnee. ²⁾ Den Tag über Regen. ³⁾ frisch

starker Nebel und schwacher Regen.

Am 18. Februar Wärme-Maximum + 4,0° Cels.

Am 18. = Wärme-Minimum + 0,2° =

Am 19. = Wärme-Maximum + 7,5° =

Am 19. = Wärme-Minimum + 0,1° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Febr. Mittags 2,42 Meter

= 19. = Morgens 2,48 =

= 20. = Morgens 3,02 = Eisfrei.

Produkten- und Börsenberichte.

Börsenkurse.

Breslau, 18. Febr. (Schlußkurse.) Fest.

Neue Proz. Reichsanleihe 88 10, 3½ proz. L.-Pfandbr. 98,85, Konz. Türk. 22,10, Türk. 94,75, Apr. 1. proz. Goldrente 98,00, Bresl. Diskontobank 97,50, Breslauer Wechslerbank 98,25, Kreditanst. 178,50, Schles. Bankverein 114,60, Donnerschmühle 87,25, Flöther Maschinenbau —, Katowitz. Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,00, Oberschles. Eisenhahn 52,90, Oberschles. Portland-Zement 72,00, Schles. Cement 126,00, Oppeln. Cement 91,90, Schl. D. Cement —, Katow. —, Schles. Binsfakt. 179,00, Laurahütte 100,75, Verein. Oelsfabr. 91,75, Österreich. Banknoten 168,70, Russ. Banknoten 216,25, Giesel cement 79,00, 4 proz. Ungarische Komorenrente 94,75.

** London, 18. Febr. [Wollauktion.] Fest, australische Wolle unbedeutend, Capwolle greasy ¼ d., beste Snowwhite höchstens ½ d. unter den Preisen der Dezemberauktion, Medirem Scoured unverändert.

Produkten-Kurse.

Köln, 18. Febr. (Getreidemarkt) Weizen loto hiesiger 16,50,

fremder loto 17,75, per März 16,50, per Mai 16,80, Roggen hiesiger loto 15,00, fremder loto 16,75, per März 14,10, per Mai 14,35, Hafer hiesiger loto 14,75, fremder —, Rübbel loto 56,50, per Mai 55,20, per Ott. 55,20. Wetter: Regen.

Bremen, 18. Februar. (Börsen-Schlußbericht) Raffinirtes Petroleum. Off

54.00. — Spiritus loco, Februar fest, Termine still, der Februar 23¹/₂ Br., er Febr.-März 22¹/₂ Br., ver April 22¹/₂ Br., ver Mai-Juni 22¹/₂ Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sac. — Petroleum loco fest, Standard white loco 5,25 Br., per März 5,10 Br. — Wetter: Bedeckt.

Bremen, 18. Febr. (Kurse des Effekten- und Makler-Bereins bpoz. Nordb. Wellenmesser- und Kammgarn-Spinneweiß-Aktien 159 Br., bpoz. Nordb. Lloyd-Aktien 110¹/₂, bez.

Hamburg, 18. Febr. Kaffee. (Schlussbericht). Good average Santos per März 84¹/₂, per Mai 82¹/₂, per Sept. 82¹/₂, per Dez. 81¹/₂. Ruhig.

Hamburg, 18. Febr. Zuckermorste. (Schlussbericht). Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Februar 14,27¹/₂, per März 14,22¹/₂, per Mai 14,40, per Sept. 14,32¹/₂. Lustlos.

Bpest, 18. Febr. Produktenmarkt. Weizen fest, per Frühjahr 7,49 Gd., 7,51 Br., per Herbst 7,59 Gd., 7,61 Br. Hafer per Frühjahr 5,59 Gd., 5,61 Br. Mais per Mai-Juni 4,75 Gd. 4,77 Br. Kohlraps per August-Sept. 12,50 Gd., 12,60 Br. — Regen.

Paris, 18 Februar Getreidemarkt. (Schluss). Weizen ruhig, v. Febr. 21,60, v. März 21,70, v. März-Juni 22,00, v. Mai-August 22,30. — Roggen ruhig, per Febr. 13,70, per Mai-August 14,50. — Mehl ruhig, er Febr. 47,80, per März 48,00, v. März-Juni 48,20, per Mai-August 48,80. — Rübel steigend, per Febr. 61,25, per März 61,75, v. März-Juni 62,25, per Mai-August 63,00. — Spiritus fest, per Febr. 47,25, per März 47,50, per März-April 47,50, v. Mai-August 47,75. — Wetter: Schön.

Paris, 18. Febr. (Schluss). Rohzucker behpt., 88 Proz. lok. 88,50. Weizen Buder fest, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Febr. 40,62¹/₂, per März 40,87¹/₂, per März-Juni 41,12¹/₂, per Mai-August 41,62¹/₂.

Gavre, 18. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Basse.

Kto 8 000 Sac, Santos 6 000 Sac Rezettes für gestern.

Gavre, 18 Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.), Kaffee good average Santos, v. Febr. 104,50, v. März 104,50, per Mai 102,50. Fest.

Petersburg, 18. Febr. Feiertag.

Amsterdam, 18. Febr. Vancaginn 55¹/₂.

Amsterdam, 18. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.

Amsterdam, 18. Febr. Getreidemarkt. Weizen per März 176, per Mai 178. — Roggen v. März 133, per Mai 131.

Antwerpen, 18. Febr. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Blata-Bug, Tunc B., März 4,42¹/₂, Juli 4,60 bez.

Antwerpen, 18. Febr. Petroleummarkt. (Schlussbericht). Kaffee-fürstes Type wech. loko 12¹/₂ bez. und Br., per Febr. 12¹/₂ Br., v. März-April 12¹/₂ Br., per Sept.-Dez. 12¹/₂ Br. Ruhig.

Antwerpen, 18. Febr. Getreidemarkt. Weizen schwach. Roggen unverändert. Hafer fest. Gerste ruhig.

London, 18. Febr. An der Küste 2 Weizenabfertigungen angeboten.

— Wetter: Regen-chauer.

London, 18. Febr. 96 p.Ct. Javazucker loko 16¹/₂, ruhig, Rüben-Rohzucker loko 14¹/₂, ruhig.

Liverpool, 18. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 7 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Fest.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März 4⁵⁰/₆₄ Veräuferpreis, April-May 4⁶¹/₆₄ do., Juni-Juli 5 Räuferpreis, August-Sept. 4¹/₆₄ d. do.

Liverpool, 18. Febr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 7 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Fest.

Middl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 4⁶⁰/₆₄ Räuferpreis, März-April 4¹⁵/₆₄ Veräuferpreis, April-May 4⁶¹/₆₄ Räuferpreis, Mai-Juni 4⁶⁵/₆₄ Veräuferpreis, Juni-Juli 5 Räuferpreis, Juli-August 5¹/₆₄ do., Aug.-Sept. 5¹/₆₄ Veräuferpreis, September-Oktober 4⁶⁰/₆₄ d. Räuferpreis.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. | Dol. — 4¹/₂ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden hell. W. 1 M. 70 Pf. | France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechselv. 18. Febr.		Brsch. 207 L. — 106,00 bz C.		Schw. Hyp.-Pf. 4 ¹ / ₂ 103,00 bz B.		Wrsch.-Teres. 5 — 199,75 B.		Baltsische gar. ... Brest-Grajewoar 5 — 99,60 bz		Pr.-Hyp.-B. I. rz. 120 4 ¹ / ₂ 106,00 bz		Bauges. Humb. 6 — 127,25 G.	
Amsterdam... 21 ¹ / ₂	8 T. 169,50 bz	Cöns.-M. Pr.-A. 31 ¹ / ₂	134,50 bz	Serb.-Gld.-Pfd. 5 — 89,00 B.	do. 80,60 bz G.	do. Rente 5 — 80,25 bz G.	Stockh.-Pf. 5 — 102,80 B.	Amst.-Rotterd. — 157,60 bz	Ivang.-Dombr. E. 4 ¹ / ₂ 101,25 G.	do. div. Ser. (rz. 100) 4 — 102,00 bz G.	Moabit 8 — 132,50 bz		
London 3 ¹ / ₂	8 T. 20,45 bz	Dess. Präm.-A. 31 ¹ / ₂	136,10 bz	do. neu 85 — 80,25 bz G.	do. neu 85 — 80,25 bz G.	Stockh.-Pf. 5 — 100,30 B.	Stockh.-Pf. 5 — 100,30 B.	Ital.-Mittelm. 5 — 102,40 bz	Kozlow.-Wor. 4 — 93,50 bz G.	Passage 31 ¹ / ₂ 69,75 bz G.			
Paris 21 ¹ / ₂	8 T. 81,20 bz	Löb. — 50 T.-L. 31 ¹ / ₂	130,00 G.	do. St.-An. 86 — 64	do. St.-An. 86 — 64	do. Merid.-Bah. 7 ¹ / ₂ 128,00 bz	do. (Oblig.) 1889 4 — 94,60 bz	U. d. Linden 10 — 105,00 bz	U. d. Linden 10 — 105,00 bz	U. d. Linden 10 — 105,00 bz			
Wien 4	8 T. 168,70 bz	Mein. 7Guld.- 3	28,75 G.	Span. Schuld. 5 — 63,20 G.	do. (Oblig.) 1889 4 — 93,50 bz G.	Lüttich-Limb. — 24,90 bz	do. Charak.-Os. 4 — 94,90 bz G.	Pr. Hyp.-Vers. Cert. 4 — 95,10 bz G.	Pr. Hyp.-Vers. Cert. 4 — 95,10 bz G.	Pr. Hyp.-Vers. Cert. 4 — 95,10 bz G.			
Petersburg ... 4 ¹ / ₂	3W. 215,15 bz	Oldenb. Loose 3	128,40 bz	Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov. — 93,90 bz	do. (Oblig.) 1889 4 — 93,50 bz G.	Lux. Pr. Henri — 71,90 bz	Kursk-Kiew conv. 4 — 95,10 bz G.	do. do. St. Pr. 3 — 142,00 bz G.	do. do. St. Pr. 3 — 142,00 bz G.	do. do. St. Pr. 3 — 142,00 bz G.			
Warschau ... 4 ¹ / ₂	8 T. 215,50 bz			Trk. 400 Frc.-L. 4 ¹ / ₂ 98,00 bz	do. (Oblig.) 1889 4 — 94,75 bz G.	do. Nordost — 110,10 bz	Lososse.-Sebast. 5 — 97,00 G.	Stettin. Nat. Hyp. Cr. 3 — 140,00 bz	Stettin. Nat. Hyp. Cr. 3 — 140,00 bz	Stettin. Nat. Hyp. Cr. 3 — 140,00 bz			
In Berl. 3.Lomb. 3 ¹ / ₂ u. 4. Privatd. 17/G.		Ausländische Fonds.		do. EgTrib.-Anl. 4 — 101,50 bz G.	do. Gld.-Rent. 4 — 102,50 bz G.	do. Nordost — 110,10 bz	Mosco-Jaroslav 5 — 68,70 bz	do. do. (rz. 110) 4 — 105,80 G.	Bresl. Oelv. 3 — 92,00 bz G.	Bresl. Oelv. 3 — 92,00 bz G.			
Geld, Banknoten u. Coupons.		Argentin. Antn. 5	45,40 bz G.	do. do. 4 — 22,85 bz G.	Ung. Gld.-Rent. 4 — 102,50 bz G.	do. Unionb. 4 — 76,50 bz	Rjasaan gar. 4 — 88,70 bz G.	do. do. (rz. 110) 4 — 102,00 bz G.	Deutsche Asph. 4 — 86,75 G.	Deutsche Asph. 4 — 86,75 G.			
Souvereigns..... 20,39 G.		do. do. 4 — 45,80 bz	do. do. 4 — 77,00 bz G.	do. Papier-Rnt. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 85,10 bz	do. Westb. 4 — 88,00 bz G.	do. Smolensk 4 — 95,25 bz G.	do. do. (rz. 110) 4 — 101,25 bz G.	Dynamit Trust. 11 — 139,40 bz G.	Erdmannsd. Sp. 6 — 104,00 bz			
20 Francs-Stück..... 16,25 oz		Egypt. Anleihe 3	106,00 G.	do. do. 4 — 269,90 bz	do. do. 4 — 88,50 bz G.	Westsicilian. ... 63,90 bz	Orel.-Grisyas oonv. 4 — 93,50 bz G.	do. do. (rz. 110) 4 — 105,80 G.	Fraust. Zucker. 0 — 97,00 bz G.	Fraust. Zucker. 0 — 97,00 bz G.			
Gold-Dollar..... 4,1875 G.		Dän.-Staats.-A. 31 ¹ / ₂	106,00 G.	do. do. 4 — 94,90 bz	do. do. 4 — 101,50 bz G.		Poti-Tiflis gar. 4 — 105,00 bz G.	do. do. (rz. 110) 4 — 102,00 bz G.	Glauz. Zucker. 12 — 115,00 bz	Glauz. Zucker. 12 — 115,00 bz			
Engl. Not. 1Pfd.Sterl. 20,45 bz		Egypt. Anleihe 3	94,90 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.		Pr. Hyp.-Prod. H. — 67,20 G.	Pr. Hyp.-Prod. H. — 67,20 G.					
Franz. Not. 100 Frcs. 38,15 G.		do. do. 4 — 104,90 bz	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.		Berl. Cassenver. 4 ¹ / ₂ 130,10 Q.	Berl. Cassenver. 4 ¹ / ₂ 130,10 Q.					
Oestr. Noten 100 fl... 168,75 bz		do. do. 4 — 104,90 bz	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.		do. Handelsges. 146,40 bz	do. Handelsges. 146,40 bz					
Russ. Noten 100 R... 216,25 bz		do. do. 4 — 104,90 bz	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.		do. Maklerver. 127,60 bz G.	do. Maklerver. 127,60 bz G.					
Deutsche Fonds u. Staatspap.		Finnländ. L. — 58,25 bz	58,25 bz	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. Prod.-Hdkb. 110,00 G.	do. Prod.-Hdkb. 110,00 G.					
Otsche. R.-Anl. 4	108,00 bz	Griech. Gold-A 5	69,30 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.					
do. do. 3	101,40 bz	do. cons. Gold 4	52,25 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.					
Prss. cons. Antl. 4	107,90 bz G.	Italien. Renten 5	93,40 bz	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.					
do. do. 3	101,50 bz	Kopenh. St.-A. 31 ¹ / ₂	93,60 G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.	do. do. 4 — 101,50 bz G.					
do.													